

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbands Girokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Zersprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Letztteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Blättern keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 289

Freitag, den 13. Dezember 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

* Donnerstag nachmittag 3 Uhr wird der Reichstag dem Reichstag die Regierungserklärung zur Kenntnis bringen. Die Sitzung wird dann abgebrochen. Am Freitag und Sonnabend erfolgt die Aussprache. Die entscheidende Abstimmung ist für Sonnabend zu erwarten.

* In parlamentarischen Kreisen des Reichstages verläutelt, daß die Reichsregierung Verhandlungen wegen eines Kredits von mehreren hundert Millionen Mark mit einer amerikanischen Bankengruppe aufgenommen hat. Der überraschende Brief des Reichsbankpräsidenten hat diese Verhandlungen ins Stocken gebracht. Darum fordert das Reichskabinett die Erledigung des Sofortprogramms auf dem Wege des Initiativantrages.

* Der Reichstag nahm in seiner Nachmittags-Sitzung die Bestimmungen zur Änderung der Geschäftsordnung im Sinne einer Sicherung der Ordnung des Hauses in der zweiten Beratung in namentlicher Abstimmung mit 304 gegen 51 Stimmen bei 49 Enthaltungen an. Das Gesetz zur Regelung älterer Renten wurde in zweiter Beratung und in der namentlichen Schlussabstimmung mit 302 gegen 108 Stimmen bei 9 Enthaltungen, also mit der für verfassungsändernde Gesetze notwendigen Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

* Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels ersucht den Reichstag in einer Eingabe, dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz des früheren Ladenschlusses seine Zustimmung zu verweigern.

* Das Schöffengericht zu Hirschberg verurteilte Mittwoch nachmittag den der fahrlässigen Tötung seines Vaters angeklagten Geisen Christian zu Stolberg zu neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Vertrauenskrise und Vertrauensformel.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Regierungsparteien über das dem Reichstag vorliegende Programm läßt sich noch keine Entscheidung über den Ausgang der gesamten Entwicklung vorausbestimmen. Die bereits bei Aufnahme der interfraktionellen Besprechungen vorhanden gewesenen starken Bedenken und Widerstände haben sich nicht verringert, so daß nach wie vor fast alle Voraussetzungen für die Formulierung eines einheitlich gefaßten Vertrauensvotums fehlen. Für ein Regierungsprogramm, das nur in allgemeinen Wendungen Richtlinien für die künftige Finanzreform umfaßt, dürften nur die Sozialdemokraten ein zustimmendes Votum abzugeben gewillt sein. Seitens der Deutschen Volkspartei bestehen außer einer Reihe von Einzelbedenken gegen die von Dr. Hilsberg und dem Kabinett aufgestellten Programmpunkte grundsätzlich keinerlei Zeichen für die Bereitschaft, ein Programm mit zu verantworten, das unter Verzicht auf eine organische Regelung nichts anderes als die künstliche Verschleierung des wahren Tatbestandes, des Scheiterns einer durchgreifenden Reform darzustellen würde. In dieser Haltung dürfte die Deutsche Volkspartei vor allem auch durch Neuerungen und Entschleunigungen aus den eigenen Reihen, sowie aus Industrie und Handel gestärkt worden sein, wie sie außer der Kritik des Freiherrn v. Rheinbaben noch in einer Hamburger Veröffentlichung des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Walter Dauch und der Bochumer Industrie- und Handelskammer vorliegen.

Das Fortschreiten der ungünstigen Entwicklung unserer gesamten Wirtschaftslage übt nicht nur auf die bevorstehende Entscheidung über rein finanzielle Fragen einen immer mehr verstärkenden Einfluß aus. Von der Beurteilung, die das Regierungsprogramm dieser kritischen Situation der Wirtschaft gegenüber zum Ausdruck bringt, und dem Umfang der Maßnahmen, für deren Einsatz sie sich mit Reformvorschlägen verbürgt, dürfte es demnach im wesentlichen abhängen, ob der Regierung von den sich hinter das Programm stellenden bürgerlichen Parteien das Vertrauen ausgesprochen werden wird. Bei der Kürze der Zeit, die bis zur entscheidenden Plenarsitzung noch vorhanden ist, dürfte es besonders schwierig sein, eine organische Bindung zwischen den im Rahmen eines Sofort-Programms zu behandelnden Steuervorschlägen und den einem Später-Programm vorbehaltenen übrigen Reformvorschlägen herzu-

stellen. Es liegt aber im Interesse unserer Gesamtwirtschaft und aller bürgerlichen Parteien, gegenüber den Sozialdemokraten eine unverrückbare Verpflichtung für sämtliche Maßnahmen durchzuführen. Hier scheidet sich klar die bürgerliche und die marxistische Front. Jede längere Verzögerung erscheint für die Privatwirtschaft untragbar. Da auf der anderen Seite die Sozialdemokratie ihren eigenen Zielen ohne jede Programmbindung zu folgen pflegt, ohne die Belange der Privatwirtschaft im geringsten zu berücksichtigen, könnte sie bei einem Verzicht der bürgerlichen Parteien auf die Reformfestlegung später sich von jeder Verantwortung frei fühlen. Das Kabinett hat nunmehr die Entscheidung in offener Feldschlacht angekündigt. Wie werden die Fronten der Schlacht verlaufen? Wer wird danach Siegesausfluchten haben? Alles ist, bis zum letzten Augenblick, in Fluss.

Kommt es zur Krise?

Berlin, 12. Dez. (Eigene Meldung.) Noch gestern mittag hieß es, daß das Kabinett mit dem Reformprogramm stehe und falle. Es wird nicht dahin kommen, sondern die Minister werden vielmehr auf ihren Sesseln sitzen bleiben. Auch bei den Regierungsparteien dürfte die Reigung nicht allzu groß sein, es jetzt vor Weihnachten zu einer Krise kommen zu lassen; nicht als ob die Krise als solche zur Weihnachtszeit gescheit würde. Wir haben darin bekanntlich schon einige Übung. Diesmal liegen die Dinge aber insofern anders, als die Haager Verhandlungen vor der Tür stehen und die Reichsregierung bis zu diesem Termin bei der allbekannten Dauer solcher Krisen in Deutschland bis dahin kaum neu gebildet sein könnte. Es kommt hinzu, — und das ist vielleicht das entscheidende, daß man überhaupt bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen des Reichstages eine andere parlamentarische Regierung, die sich auf eine andere Parteigruppierung stützt, nicht auf die Beine stellen kann. Ein einfacher Personenwechsel aber dürfte kaum genügen, um der gegenwärtigen Schwierigkeiten in anderer Weise Herr zu werden, als es die Regierung Müller-Hilferding versucht.

Trotzdem: Es muß in diesen Tagen schon irgend etwas geschehen, denn wie man sich in Berlin erzählt, ist die Reichsregierung von amerikanischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Reparationsmächte entscheidendes Gewicht darauf legen, bei den Haager Verhandlungen am 3. Januar mit einer Reichsregierung zu verhandeln, der sie volle Kreditfähigkeit für ihre Unterzeichnung unter die Haager Schlussvereinbarung zubilligen können. Das heißt mit anderen Worten: Bei unleren Reparationsgläubigern ist man der Auffassung, daß nur dann die deutsche Unterzeichnung als vollgültig angesehen werden kann, wenn Deutschland vorher den Beweis geliefert hat, daß es die Defizitwirtschaft in seinem Haushalt beseitigt hat.

In diese Zwangslage hat uns die geniale Finanzpolitik des letzten Jahres hineinmanövriert. Man kann den Ernst dieser Situation gar nicht übertreiben. Die Reichsregierung steht heute schon mit gebundenen Händen und kann sich nicht mehr rühren. Das Vertrauen zu dieser Art der Finanzgebarung ist auf einen Tiefpunkt gesunken. Draußen im Lande aber steigen die Zahlen der Arbeitslosen zu einer Höhe, wie wir sie seit vielen Jahren nicht mehr gekannt haben. Wenn der deutschen Wirtschaft nicht bald durch Erleichterung ihrer Lasten Hilfe kommt, dann ist das Ende dieser Krise nicht abzusehen. Der deutsche Reichstag aber berät im gegenwärtigen Augenblick über — Steuererhöhungen! Damit ist das Grötestke dieser Situation am allerbesten gekennzeichnet. Die Flut steigt...

Der Hintergrund des Sofortprogramms.

Eine amerikanische Anleihe.

Berlin, 11. Dez. Zu den Verhandlungen über das Finanzprogramm erzählt die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen noch folgendes: Um den Schwierigkeiten der Kassenlage zum Ende des Jahres zu begegnen, hatte die Reichsregierung Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankengruppe aufgenommen, die dem Reich einen Kredit von mehreren hundert Millionen Mark bewilligen wollte. Durch den überraschenden Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht waren diese Kreditverhandlungen jedoch ins Stocken geraten. Von der amerikanischen Bankengruppe wurden vor dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen von der Reichsregierung Maßnahmen verlangt, die eine gewisse Sicherheit des Kredits darstellten. Deshalb hat die Re-

gierung den Parteien ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das die sofortige Erhöhung der Tabaksteuer und die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1/2 o. S. umfaßt. Da der Weg über die ordentliche Gesetzgebung wegen der vielen innewahrenden Fristen angesichts der kurzen Zeit bis zu Weihnachten nicht mehr möglich ist, hat die Regierung von den Regierungsparteien gefordert, daß sie im Wege des Initiativantrages dieses Sofortprogramm im Reichstage erledigen sollen.

Gegen den Fünf-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend.

Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels hat sich mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt, damit dieser dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz des früheren Ladenschlusses seine Zustimmung verweigere. Begründet wird diese Forderung mit der Tatsache, daß der Ladenschluß in das Gesetz nur insofern einbezogen ist, als den Landesregierungen empfohlen wird, im Markthandel den gleichen Ladenschluß am Heiligen Abend durchzuführen.

Die Hauptgemeinschaft nimmt den Standpunkt ein, daß diese Regelung für den Marktverkehr praktisch bis zum Heiligabend überhaupt nicht mehr durchzuführen ist. Dadurch würden die Ladengeschäfte, die früher schließen müßten, gegenüber dem Markthandel stark benachteiligt werden.

Deutscher Reichstag.

Krise und Geschäftsordnung.

Berlin, 11. Dezember. Große Ereignisse pflegen ihre Schatten voranzuworfen. Das dürfte auch auf die Anzeichen zutreffen, die immer im Parlament aufzutreten pflegen, wenn das Gespenst einer politischen Krise umhert. Dauertragung der Fraktionen steht dann im Vordergrund. Gleichzeitig entfählet man sich zu Beratungen, wie es auch jetzt bei sämtlichen in Tätigkeit gesetzten Reichstagsausschüssen der Fall war.

Im Plenum unterbreitete Präsident Loebe dem Hause die von dem Geschäftsordnungsausschuß über die Verschärfung der Ordnungsbestimmungen gemachten Vorschläge. Es handelt sich im wesentlichen um ein Gesetz, das aus der Praxis des Mißbrauchs parlamentarischer Beteiligung, wie wir ihn vor kurzem seitens der Kommunisten in so herausfordernder Weise treten sahen, entstand. Es muß dem Reichstag zur Aufrechterhaltung seiner Arbeitsfähigkeit ein Mittel geboten werden, das auf der einen Seite die Stellung des Präsidenten stärkt und auf der anderen großen öffentlichen Friedensbruch im Hause verhütet. Hiermit dürften sich die bürgerlichen Parteien im großen ganzen auch einverstanden erklären. Verstöße gegen die Ordnung von einer derartigen Verantwortungslosigkeit hätten überall im Hause, selbstredend mit Ausnahme der ruhestübenden Kommunisten selbst, bei der Aussprache schärfste Verurteilung erfahren. Zusätzlich liegen auch, wie Herr Loebe, nicht vom Präsidenten selbst, sondern von der Abgeordnetenkammer aus dem Hause darlegte, entsprechende Anträge bereits seit 2 Jahren vor. Gewisse Umstände, die in sachlicher Weise von deutschnationaler Seite erhoben wurden, gaben den Anlaß noch zu einer zwischen den Parteien hin und her gehenden Aussprache. Die von dem Kommunisten Piesch hierbei gehaltene Drohung war in ihrer Wirkung hauptsächlich für die Strafe bestimmt. Die Verhandlung gab dem Nationalsozialisten Dr. Friß noch Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Vorlage, die aber danach mit 304 gegen 51 Stimmen bei 49 Enthaltungen der Deutschen Nationalen angenommen wurde. Auch in zweiter Beratung wurde die entsprechende Gesetzesänderung genehmigt, während die dritte Beratung infolge geltend gemachten Widerspruches ausgesetzt wurde.

Bei immer weiterer Abnahme der Interessennahme des Hauses am Fortgang der Tagesordnung, die sich in der zunehmenden Leerung der Bänke und erhöhtem Zustrom zur Wandelhalle, sowie den Fraktionszimmern kennzeichnet, wird die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Regelung älterer staatlicher Renten noch in Angriff genommen. Im Ausschusse hatte die Vorlage eine wesentliche Veränderung bei der Abstufung der Renten erhalten. Zur Aussprache nahmen die Parteien ohne wesentliches Eingehen noch Stellung und landten ihre Vertreter erst zahlreicher, als es zur namentlichen Abstimmung kam. Diese ergab 302 Stimmen für die Annahme gegen 106 Stimmen und 9 Enthaltungen, so daß damit das Gesetz für seinen verfassungsändernden Charakter erforderliche Mehrheit gefunden hat. Nach der Vertagung eilten die Mitglieder des Hauses in erhöhtem Eifer wieder den Fraktionszimmern zu. — Die Fronten ordnen sich zur Entscheidungsschlacht.

Bayern und die Titelfrage.

München, 11. Dezember. Ueber die Frage der Titelerhöhungen und die jüngsten Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig berichteten heute in einer Pressebesprechung Staatsrat v. Jan und Ministerialrat Sommer. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Bayern die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als unabänderlich hinnehmen werde. Politisch sei von großer Wichtigkeit, daß die Möglichkeit der Auslegung der Reichsverfassung in diesem Punkte nichts weniger als unbe-